

Antrag 302/II/2023

Abteilung 04/70

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

erledigt durch Antrag 90/II/2023 (Konsens)

Keine Etat Kürzung bei der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)!

1 Die SPD-Abgeordneten im Deutschen Bundestag werden
2 aufgefordert, in den kommenden Beratungen des Bun-
3 deshaushalts allen Bestrebungen zu widerstehen, die Zu-
4 wendungen insbesondere für die Bundeszentrale für poli-
5 tische Bildung zu kürzen. Im Gegenteil: Sie verdienen eine
6 Anhebung!

7

8 Begründung

9 Jetzige Kürzungen der staatlich finanzierten politischen
10 Bildung würden den gefährlichen Trend abnehmender po-
11 litischer Allgemeinbildung in großen Teilen der deutschen
12 Bevölkerung verstärken. Mehrere jüngere Studien spre-
13 chen diese Gefahr an.

14

15 Ein gesunkener Grad geografischen, historischen, natur-
16 wissenschaftlichen oder verfassungsrechtlichen Wissens
17 begünstigt die Akzeptanz stark vereinfachender politi-
18 scher Aussagen, die insbesondere die radikale politische
19 Rechte in Deutschland und Europa nutzt.

20

21 Erschwerend wirken sich die heutigen Mediennutzungs-
22 gewohnheiten aus. Gelesenes und Gehörtes wird immer
23 weniger im Gespräch vertieft und insofern von unter-
24 schiedlichen Seiten beleuchtet. Der schnelle und häufi-
25 ge Blick auf das Handy verhindert es. Dies verstärkt den
26 Trend, sich nur noch in der eigenen „Blase“ zu bewegen.

27

28 Im Übrigen widerspräche eine allgemeine Kürzung der
29 Haushaltsmittel des Bundes für die politische Bildung
30 dem Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2021.